

Argumentarium zur Petition «Mehr Demokratie wagen»

Gerichtet an Regierungsrat und Landrat des Kantons Glarus, lanciert am 15.09.2024

Die Anliegen der Petition

- a) Die Einführung einer rechtlichen Grundlage für ein kommunales Stimm- und Wahlrecht für Menschen ohne Schweizer Staatsangehörigkeit soll im Rahmen der Revision des Gemeindegesetzes ermöglicht werden und zeitnah in Kraft treten.
- b) Die Rahmenbedingungen für die politische Mitbestimmung für Menschen ohne Schweizer Staatsangehörigkeit sollen durch weitere gezielte Massnahmen und Angebote verbessert werden.

● **Warum es diese Alternative zur Einbürgerung braucht:** «Wer will, kann sich ja einbürgern lassen», wird oft als Gegenargument zu mehr Rechten für Menschen ohne Schweizer Staatsangehörigkeit vorgebracht. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass es momentan in der Schweiz sehr lange dauert, bis man überhaupt ein Einbürgerungsgesuch stellen kann. Dazu ist der Einbürgerungsprozess sehr zeitaufwendig und auch kostenintensiv. Auch erlauben nicht alle Länder eine doppelte Staatsangehörigkeit.

● **Eine Ergänzung zur Vier-Viertel-Initiative:** Auf Bundesebene läuft momentan die Sammelfrist für die Vier-Viertel-Initiative. Ziel ist, die Einbürgerung zu erleichtern. Das von uns geforderte Stimm- und Wahlrecht für Menschen ohne Schweizer Staatsangehörigkeit auf Gemeindeebene sieht sich nicht in Konkurrenz, sondern als Ergänzung dazu. (siehe 1. Argument)

● **Rechte ohne Pflichten gewähren?** Als Argument gegen eine Ausweitung des Stimm- und Wahlrechts wird nach wie vor von verschiedenen Seiten vorgebracht, dass man zuerst alle Pflichten eines Schweizer erfüllen müsse, bevor man das Stimm- und Wahlrecht erhalte. Gemeint ist damit jeweils die Militärflicht. Das gleiche Argument wurde jahrzehntelang auch vorgebracht, um Schweizer Frauen die politische Mitsprache zu verwehren. Die letzten Jahrzehnte haben deutlich gemacht: Stimm- und Wahlrecht geht auch ohne Militärflicht. Andere Pflichten werden erfüllt - bspw. die Steuerpflicht.

● **«Die wollen sich doch gar nicht beteiligen».** Das Stimm- und Wahlrecht wird – leider - von vielen Schweizer*innen nicht ausgeübt; nicht einmal jede*r Zweite beteiligt sich an Wahlen und Abstimmungen. Bei Gemeindeversammlungen auch im Glarnerland ist die Beteiligung mit einer Beteiligung von unter 5% nochmals deutlich tiefer. Als Argument gegen eine Ausweitung des Stimm- und Wahlrechts für Menschen ohne Schweizer Staatsangehörigkeit wird von einigen vorgebracht, dass sich diese ja gar nicht beteiligen wollten und die Stimmbeteiligung dadurch nicht steigen werde. Ja, es kann sein, dass sich nicht jede Person ohne Schweizer Staatsangehörigkeit politisch beteiligen will. Es gibt jedoch viele, die sich das sehnlichst wünschen. Wer will, soll können dürfen.

- **Warum auf Gemeindeebene?** Die Petition strebt das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene an, so wie vom Regierungsrat angedacht. Einerseits gilt Schritt für Schritt: Mal auf der Gemeindeebene starten und dann weiterschauen... Andererseits werden gerade auf Gemeindeebene Sachfragen entschieden, die viele Menschen ganz direkt betreffen, bspw. das Schulwesen.

- **Mehr Gemeindeautonomie:** Acht Kantone und 600 Gemeinden kennen bereits ein Stimmrecht für Personen ohne Schweizer Staatsangehörigkeit. Die Gemeinden des Kantons Glarus können unter den aktuell gültigen Vorgaben gar nicht erst über eine mögliche Ausweitung des Stimm- und Wahlrechts befinden. Die Gemeinden sollen künftig diese Entscheidung eigenständig fällen dürfen.

- **Gelebte Demokratie:** Es wäre eine gesellschaftliche Anerkennung und demokratiepolitisch ein Fortschritt, wenn die Möglichkeit geschaffen würde, die grösste Minderheit auf der kommunalen Ebene partizipieren zu lassen. Gerade der Kanton Glarus mit der direktesten Form der Demokratie ist das wohl lebhafteste Beispiel dafür, wie sehr breite Partizipationsmöglichkeiten und ein möglichst zugänglicher politischer Prozess die demokratische Entscheidungsfindung stärken.